

Artenschutz/Wolf

NABU, GNOR, BUND und POLLICHIA irritiert über Veröffentlichung der SPD-Fraktion zum Wolf in Rheinland-Pfalz

Rheinland-pfälzische Naturschutzverbände für sachliche Diskussion statt nicht einhaltbare Versprechen

Mainz – Die vier rheinland-pfälzischen Naturschutzverbände NABU, BUND, GNOR und POLLICHIA unterstützen den heute vom MKUEM vorgestellten Wolfsmanagementplan und setzen sich für eine sachliche und konstruktive Debatte um das Konfliktfeld zwischen Weidetierhalter*innen und dem Schutz der Wölfe ein. Vor allem in Anbetracht der Tatsache, dass die Weidetierhaltung einen wichtigen Beitrag zum Naturschutz leistet, müssen konstruktiv Lösungen gefunden werden. Dies gelingt aber nicht, wenn leere Phrasen, bewusste Emotionalisierungen und auch politisches Kalkül das Ruder übernehmen.

Neben einzelnen lediglich durchwandernden Wölfen gibt es in Rheinland-Pfalz derzeit acht sesshafte Tiere, darunter vier Welpen. Ein Rudel befindet sich in der Nähe von Hachenburg und ein weiteres, das sogenannte „Leuscheider Rudel“, wandert zwischen Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz. Rheinland-Pfalz ist also noch weit von einer stabilen oder großen Wolfspopulation entfernt. Zudem konnte inzwischen in zahlreichen Studien gezeigt werden, dass auch der Wolf einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung unseres Ökosystems leistet.

Vor diesem Hintergrund zeigen sich die Verbände mehr als irritiert über das Positionspapier zum zukünftigen Umgang mit dem Wolf in Rheinland-Pfalz, das die rheinland-pfälzische SPD-Landtagsfraktion am 21.08.2023 veröffentlicht hat. Darin sind nicht nur fachlich fragwürdige Ansätze enthalten, die nachweislich nicht zur Lösung der Konflikte beitragen. Auch vor dem Hintergrund der aktuellen Debatte um das Landesjagdgesetz ist der Vorstoß mehr als fraglich. Die SPD-Fraktion bekräftigt zwar die Notwendigkeit einer sachlichen Debatte und eines Austausches mit allen Interessengruppen. Allein schon der Zeitpunkt der Veröffentlichung des Papiers sowie der Ruf nach einem Bestandsmanagement in der Überschrift der Presseerklärung lassen dann aber jede Sachlichkeit vermissen.

„Wir befinden uns gerade in einer hoch emotionalisierten Debatte um das neue Landesjagdgesetz und zudem wurde heute der neue Managementplan Wolf des Landes Rheinland-Pfalz veröffentlicht. In einem solchen Zusammenhang trägt diese Veröffentlichung sicher nicht zur Versachlichung der Debatte bei, sondern heizt die Gemüter zusätzlich an“, erläutert Cosima Lindemann, Vorsitzende des NABU Rheinland-Pfalz. Gleichzeitig bietet die Fraktion aber nur Maßnahmen an, die sich beim Blick in andere Bundesländer schnell als leere Phrasen ohne Konfliktlösungspotenzial entpuppen oder so schwammig formuliert sind, dass sie jedwede Sachlichkeit vermissen lassen.

So wird die Möglichkeit der Aufnahme des Wolfes ins Jagdgesetz in Aussicht gestellt. Eine Idee, deren Erfolg zumindest zweifelhaft ist. Denn am Beispiel der Bundesländer, die diesen Schritt gegangen sind, wird klar, dass die Aufnahme ins Jagdrecht nicht die erhoffte Erleichterung der Wolfsentnahme mit sich bringt. Die Entnahme von Wölfen wird hierdurch eher erschwert als erleichtert. Da bei einer notwendigen Entnahme eines „Problemwolfs“ nicht ein, sondern zwei Gesetzesgrundlagen berücksichtigt werden müssen. Eine Tatsache auf die auch die SPD in Schleswig-Holstein, als Argumentation für ihre Ablehnung der Aufnahme des Wolfes ins Jagdgesetz, hinweist.

Schwammig wirkt das Papier zudem bei der Frage der Zumutbarkeit von Herdenschutzmaßnahmen. So wurde formuliert, dass ein Wolf entnommen werden müsse, wenn „Herdenschutz nicht mehr zumutbar oder praktikierbar ist“ ohne diese Zumutbarkeit dann aber zu präzisieren. Auch die Naturschutzverbände setzen sich für Hilfestellungen und Entschädigungen ein. „Weidetierhalter*innen dürfen mit ihren Problemen nicht im Regen stehen gelassen werden“, bekennt sich auch BUND-Landesvorsitzende Sabine Yacoub zur Unterstützung für Tierhalter*innen. Zumutbarkeitsschwellen werden aber sehr unterschiedlich empfunden und sorgen ohne Präzisierung lediglich für Spekulationen in denen jede*r selbst interpretiert, was das nun bedeutet.

„Anstatt voreilig oder rein politisch motiviert über Vereinfachungen von Abschüssen nachzudenken, sollten die Fraktionen lieber endlich den viel zu lange stillschweigend hingenommenen Personalnotstand der Umweltverwaltung konsequent angehen und zudem die Weidetierhaltung insgesamt deutlich besser fördern. Dies würde nicht nur zu einer Beschleunigung zahlreicher Verfahren führen, es würde auch die Weidetierhalter*innen im Land stärken“, stellen die Verbandsspitzen abschließend fest.

GNOR e.V.

